

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

Solidarität mit der Bundeswehr

Beschluss des Deutschlandrates am 16. September 2011 in München

*„Aber ein wirkliches Interesse oder gar Stolz auf die Bundeswehr sind bei den Deutschen eher selten.“
(Horst Köhler, Bundespräsident a.D., im Jahr 2005)*

Die Bundeswehr ist eine Erfolgsgeschichte. Sie hat unser Land vor der kommunistischen Bedrohung geschützt und bei vielen Katastrophen und Notfällen im In- und Ausland den Menschen geholfen. Mittlerweile hat die Bundeswehr neben der Verteidigung der Heimat weitere Aufgaben übernommen. Dazu gehören der Kampf gegen den islamistischen Terrorismus, Friedensmissionen, die Überwachung von Embargos, die Rettung deutscher Staatsbürger, der Schutz vor Piraterie, der Schutz der Seewege einer Handelsnation, die Überwachung von Wahlen oder die Ausbildung von Angehörigen befreundeter Armeen. Die Bundeswehr wird ein immer wichtigerer Bestandteil der deutschen Sicherheitspolitik. Weitere Aufgaben stehen angesichts der unsicheren Weltlage und des Bedeutungsgewinns Deutschlands an. Eine erfolgreiche Sicherheitspolitik mit der Bundeswehr kann aber nur gelingen, wenn das Volk hinter den Bundeswehrsoldaten steht, unabhängig von der jeweiligen Regierung und der Entscheidung des Parlaments. Es geht um die geistige Haltung des Volkes zu seinen Streitkräften.

Problematik

Die Männer und Frauen der Bundeswehr, die Soldaten, schwören: „Der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des Deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.“ Sie bringen mit diesem Eid, der bei den Wehrpflichtigen und künftig bei den freiwillig Wehrdienst leistenden Soldaten in Form eines Gelöbnisses abzuleisten ist, zum Ausdruck, dass sie bereit sind, für unsere Freiheit, aber auch zur Verteidigung von Frieden und Wohlstand, ihr Leben zu riskieren.

Nach Aussetzung der Wehrpflicht ist der Satz des preußischen Generals und Militärreformers Gerhard von Scharnhorst (1755-1813), nachdem jeder Staatsbürger auch der geborene Verteidiger des Staates sein solle, in Zweifel zu ziehen. Zwar ist die Wehrpflicht formal nur ausgesetzt und kann im Verteidigungsfall wieder eingeführt werden. Gleichwohl droht die Gefahr, dass die Bundeswehr aufgrund des Wegfalls der Wehrpflicht und ihrer weiter reduzierten Per-

36 sonalstärke von weniger als 180.000 Soldaten noch weiter aus dem Blickwinkel der Öffent-
37 lichkeit verschwindet.

38 Wir wollen nicht, dass über die Bundeswehr nur noch gesprochen wird, wenn es darum geht,
39 im Kampf gefallene Soldaten zu betrauern. Wir sind der Auffassung, dass die Männer und
40 Frauen der Bundeswehr tagtäglich unseren Respekt und unsere Anerkennung für ihren treuen
41 Dienst für das Vaterland verdient haben. Wir verlangen viel von unseren Soldaten. Neben der
42 bestmöglichen Ausrüstung und materieller Absicherung haben sie daher vor allem eins ver-
43 dient: Unsere Solidarität und unsere Unterstützung.

44 Es ist traurige Wirklichkeit geworden, dass Familien und Freunde um gefallene Kameraden
45 trauern müssen. Ebenso kehren viele Soldaten mit Verwundungen an Leib und Seele aus dem
46 Einsatz zurück. Ein großer Teil der Gesellschaft nimmt dies meist gleichgültig zur Kenntnis. Im
47 Gegenteil gibt es Organisationen und Personen in Deutschland, die die Bundeswehr als Feind-
48 bild betrachten. erinnert sei hier nur an das Plakat der Linksjugend [‘solid], der Jugendorgani-
49 sation der Linkspartei, auf dem Bundeswehrsoldaten als Schweine dargestellt wurden, oder an
50 das Büro für Antimilitaristische Maßnahmen, das zum Saufgelage am Ehrenmal der Bundes-
51 wehr in Berlin nach dem Tod eines Bundeswehrsoldaten in Afghanistan aufgerufen hat.

52 Die Junge Union Deutschlands will hier ein klares Zeichen der Unterstützung setzen. Wir ru-
53 fen alle demokratischen Kräfte dazu auf, es uns gleich zu tun! Wir zeigen den Soldaten und
54 ihren Angehörigen sowie der ganzen Gesellschaft, dass die Junge Union an der Seite der Bun-
55 deswehr steht!

56

57 **Forderungen**

58 Diese Unterstützung wollen wir im Alltag zeigen, denn die Bundeswehr sollte ein selbstver-
59 ständlicher Teil unserer Gesellschaft sein. Wir werden mit den folgenden elf Forderungen und
60 Aktionen das Band zwischen Bundeswehr und Volk wieder enger knüpfen. Weil wir stolz auf
61 unsere Bundeswehr sind.

62

63 **1. Tag der Solidarität mit der Bundeswehr**

64 Es soll ein Tag der Solidarität mit der Bundeswehr begangen werden. An diesem Tag sollen die
65 Bundeswehr und ihre Angehörigen im Mittelpunkt stehen. Die Vertreter der Parteien können
66 die Einheiten vor Ort besuchen und ihren Dank und Respekt für die Arbeit im letzten Jahr be-
67 kunden, die Bürger können z.B. für das Soldatenhilfswerk oder andere Organisationen spen-

68 den und die Bundeswehr kann durch einen Tag der offenen Tür für sich werben. Dieser Tag
69 soll der 12. November sein. An diesem für die Bundeswehr historischen Datum traten 1955
70 die ersten 101 Freiwilligen in die Bundeswehr ein und erhielten ihre Ernennungsurkunden
71 ausgehändigt. Auch damals wurde der Tag ganz bewusst gewählt. Es war der 200. Geburtstag
72 des preußischen Reformers und Soldaten Gerhard von Scharnhorst.

73

74 **2. Gelbe Schleife**

75 Das Gelbe Band der Solidarität ist eine in Deutschland vergleichsweise neue Form, um die
76 Unterstützung mit den eigenen Streitkräften zu bekunden. Ursprünglich stammt sie aus den
77 USA, hat aber mittlerweile auch hier Verbreitung gefunden. Durch das Tragen der Schleife an
78 der Kleidung (oder als Anhänger, Aufkleber etc.) kann jeder seine Solidarität mit den Soldaten
79 zeigen. Die Gelbe Schleife kann das ganze Jahr über getragen werden oder auch speziell zum
80 Tag der Solidarität. Die Mitglieder der Jungen Union sollten mit gutem Beispiel vorangehen.

81

82 **3. Öffentliches Gelöbnisse und Vereidigungen**

83 Die öffentlichen Gelöbnisse der Wehrpflichtigen zeigten, dass die Bundeswehr als Armee in
84 der Mitte der Gesellschaft verankert ist. Diese Tradition muss gerade auch nach der Ausset-
85 zung der Wehrpflicht bei den nun freiwillig Wehrdienstleistenden weitergeführt werden. Sie
86 muss sogar verstärkt in die Öffentlichkeit getragen werden, da die Anzahl der Soldaten, die
87 ein öffentliches Gelöbnis ablegen können, aufgrund der Verkleinerung der Bundeswehr ab-
88 nimmt. Grundsätzlich sollten diese daher öffentlich stattfinden. Auch die Vereidigung der
89 Zeit- und Berufssoldaten sollte vermehrt außerhalb der Kasernen erfolgen. So können die
90 Bürger sehen und sich bewusst machen, dass die Soldaten als „Staatsbürger in Uniform“ öf-
91 fentlich ihre Treue und Verbundenheit zum deutschen Volk versprechen.

92

93 **4. Mehr Uniform im Alltag**

94 Es darf nicht sein, dass viele Soldaten außerhalb der Kasernen keine Uniform tragen, weil sie
95 befürchten müssen, beschimpft, bespuckt oder sogar angegriffen zu werden. Einerseits müs-
96 sen solche Straftaten konsequent verfolgt und bestraft werden. Andererseits müssen materi-
97 elle Anreize geschaffen werden, damit Soldaten vermehrt die Uniform tragen. So sollten Uni-
98 formträger etwa kostenfrei den Öffentlichen Personennahverkehr nutzen dürfen –was auch
99 das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger erhöht – oder wieder Zuschläge erhalten, wenn

100 sie bei besonderen Anlässen (z.B. Hochzeiten) Uniform tragen. Es bleibt aber Aufgabe eines
101 jeden, unseren Soldaten in Uniform den Respekt und die Freundlichkeit entgegenzubringen,
102 wie es in anderen Ländern seit langem üblich ist.

103

104 **5. Patenschaften zwischen Gemeinden und Bundeswehreinheiten**

105 Patenschaften zwischen Gemeinden und Bundeswehreinheiten, die vereinzelt schon beste-
106 hen, sollen dazu beitragen, das Verständnis für die Bundeswehr als Teil der Gesellschaft zu
107 fördern und zu stärken. Im Rahmen dieser Patenschaften soll ein Austausch zwischen den Sol-
108 daten und den Bürgern befördert werden, der die Aufgaben und Ziele der Bundeswehr be-
109 kannt macht und für sie wirbt. Die entsprechenden Einheiten und Dienststellen beteiligen sich
110 auch am sozialen Gemeindeleben, z.B. durch „Putz-Aktionen“ vor Ort oder Benefiz-
111 Veranstaltungen. Die Bürger besuchen die Kasernen und können dadurch den Alltag der Sol-
112 daten kennenlernen oder an Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen Themen der Sicher-
113 heitspolitik teilnehmen.

114

115 **6. Grabmäler der gefallenen Soldaten**

116 Eine immer größere Anzahl von Soldaten fällt in Auslandseinsätzen für Deutschland. Bisher ist
117 die Pflege der Gräber und das Gedenken private Angelegenheit der Verwandten. Die Bundes-
118 wehr bietet zwar an, für die Kosten der Grabpflege aufzukommen. Das Problem wird aber
119 sein, dass diese Gräber in Zukunft nicht mehr existieren. Denn alle Friedhofsordnungen sehen
120 grundsätzlich vor, dass die Ruhezeiten auf maximal 25 Jahre begrenzt sind. Danach werden die
121 Gräber neu belegt. Hier muss der Staat seiner Verantwortung für die gefallenen Soldaten in
122 Zukunft gerecht werden. Die einzelnen Gräber der gefallenen Soldaten sind daher unter das
123 Gräbergesetz zu stellen, so dass diese Gräber dauernd bestehen bleiben und das Gedenken
124 möglich bleibt.

125

126 **7. Zentraler Militärfriedhof**

127 Neben der Einbeziehung in das Gräbergesetz ist ein zentraler Militärfriedhof einzurichten,
128 vergleichbar mit dem amerikanischen Nationalfriedhof Arlington in Washington D.C. Dadurch
129 würde die Bundesrepublik ihre Soldaten im besonderen Maße ehren, denn die Gräber bleiben
130 für die Ewigkeit bestehen und zeigen dem Volk, welche Opfer geleistet wurden. Außerdem
131 könnten die Politik und Gesellschaft öffentlichkeitswirksam ihre Solidarität und Unterstüt-

132 zung mit den Soldaten zeigen. Über den Ort der Bestattung entscheiden weiterhin der Ver-
133 storbene zu Lebzeiten oder die nächsten Angehörigen des Soldaten, wenn der Wille nicht er-
134 kennbar ist.

135

136 **8. Zentrales Ehrenmal für die gefallenen Soldaten**

137 In den Städten und Dörfern unseres Landes künden zahllose Denkmäler von den gefallenen
138 deutschen Soldaten in den Einigungs- und Weltkriegen. Nun fallen wieder deutsche Soldaten
139 in Kriegen. Diese im Einsatz Gefallenen sind in Erfüllung ihrer Pflicht vom Feind getötet wor-
140 den. Ein zentrales Ehrenmal soll jeden Bürger daran erinnern, dass diese Soldaten im Namen
141 des deutschen Volkes für Frieden, Recht und Freiheit ihr Leben verloren haben. Das zentrale
142 Ehrenmal soll zwischen Reichstag und Bundeskanzleramt errichtet werden, damit jede Regie-
143 rung und jedes Parlament an den verantwortungsvollen Umgang mit dem Leben der Soldaten
144 erinnert wird. Daneben bleibt das Ehrenmal für die getöteten Bundeswehrsoldaten und Zivil-
145 beschäftigten am Berliner Sitz des Verteidigungsministeriums als Gedenkort bestehen.

146

147 **9. Veteranen, Invaliden und Kriegsversehrte ehren**

148 Veteranen, Invaliden und Kriegsversehrte haben ihren Teil für die Sicherung der freiheitlich-
149 demokratischen Grundordnung geleistet und teilweise einen hohen persönlichen Preis dafür
150 gezahlt. Die Gesellschaft würdigt diese immer größer werdende Gruppe bisher kaum. Neben
151 der finanziellen Absicherung dieser Menschen ist auch hier die ideelle Unterstützung mindes-
152 tens genauso wichtig. Die Veteranen, Invaliden und Kriegsversehrte sind am Tag der Bundes-
153 wehr natürlich ein besonders wichtiger Bestandteil. Darüber hinaus sollten Arbeitgeber ange-
154 halten werden, die Leistungen von Veteranen bei der Einstellung besonders zu beachten.
155 Auch sollten Theater, Kinos etc. den Veteranen kostengünstigeren Eintritt ermöglichen. Dabei
156 geht es zum einen um den finanziellen Aspekt, zum anderen aber darum, dass die Gesellschaft
157 im Alltag zeigt, dass sie die Leistungen der Soldaten ehrt.

158

159 **10. Besonderer Gerichtsstand bei Auslandseinsätzen**

160 Die Junge Union fordert eine zentrale Zuständigkeit der Justiz für die Verfolgung von Strafta-
161 ten von Soldaten, die ihnen in Ausübung ihres Dienstes im Ausland vorgeworfen werden. Die
162 Vorteile eines besonderen Gerichtsstandes sind vielfältig: Die bisherige Rechtslage führt zu
163 Unklarheiten und Zersplitterung bei den Ermittlungen der Staatsanwaltschaften, da für die-

164 selbe Tat mehrere örtliche Zuständigkeiten gegeben sein können, etwa wenn die beteiligten
165 Soldaten unterschiedliche Wohnorte oder Heimatkasernen haben. Eine effiziente Strafverfol-
166 gung kann nur durch Staatsanwaltschaften und Gerichte erfolgen, die Kenntnis der militäri-
167 schen Abläufe und Strukturen, der rechtlichen und konkreten Rahmenbedingungen im Aus-
168 landseinsatz sowie spezielle Erfahrungen besitzen. Deshalb hat das Bundesministerium der
169 Justiz einen Referentenentwurf eines Gesetzes für einen Gerichtsstand bei besonderer Aus-
170 landsverwendung der Bundeswehr vorgelegt. Dieser Entwurf ist nach mehr als einem Jahr
171 noch immer nicht vom Deutschen Bundestag beraten worden. Es steht zu befürchten, dass die
172 FDP-Bundestagsfraktion und das FDP-geführte Bundesjustizministerium dieses notwendige
173 Gesetz aufgrund innerparteilicher Probleme und vermeintlicher rechtsstaatlicher Bedenken
174 nicht mehr unterstützen werden. Hilfe anderer Parteien ist jedenfalls nicht zu erwarten. Des-
175 halb muss der Gesetzesentwurf noch in dieser Legislaturperiode von der christlich-liberalen
176 Koalition verabschiedet werden.

177

178 **11. Bundeswehr an Schulen**

179 Die Bundeswehr ist eine im Grundgesetz verankerte Institution. Sie dient als Instrument der
180 wehrhaften Demokratie dem Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

181 Eine Lehre aus der deutschen Vergangenheit ist, dass unsere Demokratie wehrhaft sein muss.

182 Umso unverständlicher ist es, dass einige Landesregierungen aus SPD, Grüne und LINKE ver-
183 suchen, die Bundeswehr grundsätzlich aus den Schulen zu „verbannen“. Bisher ohne Erfolg.

184 Dafür lehnen etliche Schulen jegliche Zusammenarbeit mit der Bundeswehr kategorisch ab.

185 Oder die Schulen laden Bundeswehrsoldaten nur ein, wenn auch Vertreter sog. Antimilitaristi-
186 scher Gruppen hinzu geladen werden, wobei die verfassungstreue dieser Gruppen oftmals
187 sehr im Zweifel steht.

188 Um diesen Zustand zu ändern, fordern wir die Aufnahme des Besuches von Bundeswehrsolda-
189 ten in allen Oberschulen in allen Bundesländern in die Lehrpläne.

190 Diese Maßnahme wird der Bedeutung der Bundeswehr als Verteidigerin der freiheitlich-
191 demokratischen Grundordnung gerecht.